

## **Protokoll der öffentlichen Sitzung des Planungsausschusses der Gemeinde Felde am 2.9.2015 im Gemeindezentrum**

Beginn: 19.33

Ende: 21.27

Anwesende: Vorsitzender U. Hauschildt, Dr. D. Mühlhoff, Dr. W.Vollnberg, B-U.Kracht, Michael Bindernagel, A. Fleck

Unentschuldigst fehlt M. Schlichtenberger

Gäste: keine

TOP 1, Formalien: Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Einladung fest. Der Ausschuss ist beschlussfähig. Die Tagesordnung wird gebilligt. Zum Protokoll bittet er Herrn Fleck und Herrn Dr. Mühlhoff wie in der letzten Sitzung zu verfahren.

TOP 2, Mitteilungen: Der Vorsitzende und der Planer Herr Blank haben die der Gemeinde angebotenen Flächen in der Lehmkoppel heute gemeinsam mit den Eigentümern besichtigt.

TOP 3, EinwohnerInnen fragen: Keine Fragen

TOP 4: Protokoll der letzten Sitzung. Es findet Zustimmung

### **TOP5: Geschäftsordnung der Gemeindevertretung Felde**

Der Ausschuss setzt die Beratungen auf der Grundlage des Entwurfs des Amtes fort. Der Vorsitzende erinnert an die Diskussion in der letzten Sitzung. Wichtig seien eine formale Übereinstimmung mit geltendem höherrangigen Recht und verständliche Regelungen. Dr. Mühlhoff unterstreicht, insbesondere neue Mitglieder der Gemeindevertretung müssen die Geschäftsordnung verstehen. Dr. Vollnberg sieht die Nachvollziehbarkeit für die BürgerInnen als wichtigsten Punkt.

**Einvernehmlich** folgt der Ausschuss einem Vorschlag von Dr. Mühlhoff, zur **redaktionellen Vereinfachung** für „Mitglieder der Gemeindevertretung“ im weiteren Text durchgängig das Kürzel **GV** zu verwenden, das erste Mal im Text **GV** erklärend als Klammerzusatz.

§ 6 Absatz 2 Satz 2 „kann“ durch „soll“ ersetzen, **einvernehmlich**

§ 4 Absatz 3 i.d.F. des Protokolls vom 30.6. ergänzen wie im Text elektronisches Protokoll (Anlage) und

§ 4 Abs. 4 um einen Verweis auf GO am Ende: (§ ... Gemeindeordnung), **beides einvernehmlich**

§ 7: Um Absatz 1 Satz 1 entzündet sich um einen Vorschlag von Dr. Vollnberg eine längere Debatte. Mit Dr. Mühlhoff wirbt er eindringlich für eine Änderung des Begriffs Einwohnerfragestunde. Die Ausschussmehrheit sieht eine Änderung feststehender Begrifflichkeiten kritisch. **Mit 4 Ja- : 2 Nein-Stimmen** soll der Entwurfstext unverändert bleiben.

§ 7 Absatz 1 letzter Satz wird **einvernehmlich** gestrichen. Er wird ersetzt durch „Der für die Einwohnerfragestunde zur Verfügung stehende Zeitraum soll insgesamt 30 Minuten nicht überschreiten“.

§ 7 Absatz 2 ebenso Streichung. Stattdessen soll Absatz 1 ergänzt werden um die inhaltlich entsprechende Passage der Stadtverordnetenversammlung Nortorf (s. Anlage, elektronisches Protokoll), **einvernehmlich**.

§ 7 Absatz 2 **neu** (vormals Abs. 3) **wird in Satz 2 einvernehmlich geändert:** ...“erfolgt die Beantwortung schriftlich innerhalb der nächsten 30 Tage.“

Es erfolgt eine kurze Diskussion, wie mit Fragen umzugehen ist, die BürgerInnen stellen, die „befangen“ im Sinne des § 22 der Gemeindeordnung wären, wenn sie ein Mandat hätten. Regelungsbedarf wird nicht gesehen.

§ 7 Absatz 6 alt wird **einvernehmlich** gestrichen. Als neuer Absatz 5 wird stattdessen die in § 10 im Entwurf des Amtes (dort Streichung) aufgenommene Regelung -geändert- eingefügt:

„5. Einwohner haben auch das Recht, sich schriftlich oder zur Niederschrift mit Anregungen und Beschwerden über die Amtsverwaltung an die Gemeindevertretung zu wenden. Antragsteller sind über die Stellungnahme der Gemeindevertretung möglichst innerhalb von 30 Tagen zu unterrichten.“ (**ebenso einvernehmlich**).

§ 8 Absatz 3 letzter Halbsatz wird **einvernehmlich** gestrichen, ebenso Absatz 4.

§ 9 Absatz 3 **einvernehmliche** Streichung

§ 10 alt wird gestrichen und geht geändert in § 7 auf **(einvernehmlich)**.  
(s.oben)

**§ 11 wird § 10 neu (mit numerischer Folgewirkung auf alle kommenden Vorschriften)**

Um § 10 (neu) entsteht eine Debatte, ob die vom Amt vorgesehene Regelung mit Verweis auf die gesetzlichen Bestimmungen klar genug für die BürgerInnen ist. Dies bestreitet Dr. Vollnberg vehement. Herr Fleck schlägt vor, den Text der genannten gesetzlichen Bestimmungen im Internet an die Veröffentlichung anzuhängen, um dem Anliegen besseren Verständnisses gerecht zu werden. Am Ende der Diskussion entscheidet der Ausschuss die Entwurfsfassung beizubehalten. **5 Ja : 1 Nein**

TOP 6, Verschiedenes: bleibt ohne Anmerkungen.

Der Ausschuss kommt überein, in ca. 4 Wochen die Arbeit fortzusetzen. Der Vorsitzende bedankt sich bei allen Mitgliedern und schließt die Sitzung.

**Anlage:** Ausdruck der elektronischen Fassung, Stand 2.9.

**Felde**, den 3.9.2015

Ulrich Hauschildt, Vorsitzender

Andreas Fleck, Protokoll